



HESSISCHER LANDTAG

07. 02. 2020

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Dimitri Schulz (AfD), Klaus Herrmann (AfD) und Dirk Gaw (AfD) vom 19.12.2019

Gespräche des Landes Hessen mit der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Landesregierung, im speziellen Minister Beuth, soll vor der Einbringung des Gesetzesentwurfes: „Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“, Drucksache 20/1644, von Seiten der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (agah) in der Vergangenheit Ideenvorschläge zur Verbesserung des Ausländerbeirätesystems bekommen haben. Dies bestätigte der Vorsitzende der agah, Enis G., in einem Artikel der Hessenschau vom 05.12.2019

→ <https://www.hessenschau.de/politik/wie-die-gruenen-den-zorn-der-auslaenderbeiraete-auf-sich-ziehen,reform-auslaenderbeiraete-100.html>

Obwohl Minister Peter Beuth in seiner Zuständigkeit Kenntnis über die Causa hätte haben müssen, legten die Koalitionsfraktionen einen für die Ausländerbeiräte untragbaren Gesetzesvorschlag dem Landtag vor.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Der Vorwurf, die Koalitionsfraktionen hätten einen für die Ausländerbeiräte untragbaren Gesetzesvorschlag vorgelegt, ist nicht haltbar. Vielmehr haben die Koalitionsfraktionen einen ausgewogenen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Interessen der agah, der Kommunen und die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung berücksichtigt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund und dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

Frage 1. Seit wann hat die Landesregierung Kenntnis über Vorschläge der agah?

Die Integrationsabteilung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration war informiert, dass die agah 2013 einen innerverbandlichen Prozess zu Reformvorschlägen der Ausländerbeiräte führte.

Seit Februar 2014 hat die übrige Landesregierung Kenntnis über die Vorschläge der agah.

Die agah hat ihr Papier „Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte“ vom 01.02.2014 öffentlich bekanntgemacht (vgl. Pressemeldung vom 03.02.2014 „Mehr Rechte für Ausländerbeiräte – Umfangreiche Änderungen der HGO vorgeschlagen, Beiräte wollen veränderte Struktur und neuen Namen“) und auch auf ihrer Homepage (<http://www.agah-hessen.de>) veröffentlicht. Im März und April 2014 haben sich das Hessische Ministerium für Soziales und Integration und das Hessische Ministerium des Innern und für Sport zu diesem Papier ausgetauscht.

Die beiden Gemeinde-Spitzenverbände Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund haben sich in ihren Verbandszeitschriften jeweils kritisch und ablehnend zu den Novellierungsvorstellungen der agah geäußert (vgl. INF. HStT Heft 9-10/2014 S. 7 f. und HSGZ 2015 S. 212).

Frage 2. Wurde der Konzeptvorschlag der agah an die Koalitionsfraktionen weitergereicht?

Frage 3. Wenn der Konzeptvorschlag weitergeleitet wurde, wurde dieser in die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes eingearbeitet bzw. hatte dieser einen maßgeblichen Einfluss?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Vorschläge der agah wurden im o.a. Papier öffentlich bekanntgemacht.

Bei dem Gesetzesentwurf der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.12.2019 (LT-Drucks. 20/1644) hat das Papier durchaus Berücksichtigung gefunden. Insbesondere die Einräumung des Antragsrechts entspricht einer in diesem Papier aufgestellten Forderung der agah.

Darüber hinaus geht auch die im Gesetzesentwurf enthaltene Zusammenlegung des Termins der Ausländerbeiratswahlen mit dem Tag der allgemeinen Kommunalwahlen auf eine langjährige – in dem o.a. Papier nicht einmal thematisierte – Forderung der agah zurück. Nach den auch für die agah enttäuschenden Ausländerbeiratswahlen im November 2015 kam die agah auf diese Forderung wieder zurück.

Frage 4. Gab es seitens der Landesregierung Gespräche mit der agah?

Frage 5. Wenn ja, wann und wo haben diese Gespräche stattgefunden?

Frage 6. Wer hat an den Gesprächen teilgenommen?

Die Fragen 4 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Seit Veröffentlichung des o.a. Papiers haben die in der Anlage aufgeführten Gespräche stattgefunden.

Frage 7. Zu welchem Zeitpunkt hat die Hessische Regierungskoalition die Gesetzesvorlage an die agah weitergegeben?

Es wird darauf hingewiesen, dass dem Zweck der Regierungskontrolle folgend das parlamentarische Fragerecht ausschließlich Gegenstände aus dem Verantwortungsbereich der Landesregierung umfasst, nicht hingegen Angelegenheiten der Koalitionsfraktion im Hessischen Landtag.

Wiesbaden, 28. Januar 2020

Peter Beuth

Anlage

Datum	Teilnehmer, Ort
26.02.2014	Gespräch Herr Staatsminister Grüttner und Herr Staatssekretär Dreiseitel mit dem agah-Vorsitzenden und der agah-Geschäftsführerin, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
01.03.2014	Herr Staatssekretär Dreiseitel (Rede und Diskussion), agah-Plenarsitzung in Frankfurt
18.09.2014	Gespräch Herr Staatsminister Beuth und Herr Staatssekretär Dreiseitel mit dem agah-Vorsitzenden und der agah-Geschäftsführerin sowie weiteren agah-Vorstandsmitgliedern im Beisein des Abteilungsleiters für Kommunale Angelegenheiten, des Leiters der Rechtsabteilung und des Leiters der Integrationsabteilung, Hessische Staatskanzlei
06.03.2015	Gespräch Herr Staatssekretär Dreiseitel mit dem agah-Vorsitzenden und der agah-Geschäftsführerin, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
29.07.2015	Gespräch Herr Staatssekretär Weinmeister mit agah-Vertretern, Hessische Staatskanzlei
10.10.2015	Herr Staatsminister Beuth (Rede und Diskussion), agah-Plenarsitzung in Dreieich
22.03.2016	Gespräch Herr Ministerpräsident Bouffier und Herr Staatssekretär Koch mit agah-Vertretern, Hessische Staatskanzlei
25.02.2017	Herr Staatssekretär Dreiseitel (Rede und Diskussion), agah-Plenarsitzung in Oberursel
23.05.2017	Gespräch Herr Staatssekretär Dreiseitel mit dem agah-Vorsitzenden und der agah-Geschäftsführerin, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
24.01.2018	Gespräch Herr Staatssekretär Klose mit dem agah-Vorsitzenden und der agah-Geschäftsführerin, agah-Geschäftsstelle
15.09.2018	Herr Staatssekretär Klose (Rede und Diskussion), agah-Plenarsitzung in Breuberg
19.11.2018	Gespräch Herr Staatssekretär Koch mit agah-Vertretern, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
24.11.2018	Leiter der Rechtsabteilung i.V. für Herrn Staatssekretär Koch, agah-Plenarsitzung in Wiesbaden
09.03.2019	Herr Staatssekretär Weinmeister (Rede und Diskussion), Delegiertenversammlung der agah in Gießen
02.05.2019	Gespräch Herr Staatsminister Beuth mit Vertretern des agah-Vorstands im Beisein des stellvertretenden Leiters der Abteilung für Kommunale Angelegenheiten und der stellvertretenden Leiterin der Rechtsabteilung, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
08.10.2019	Gespräch Herr Staatsminister Klose mit dem agah-Vorsitzenden, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
08.11.2019	Gespräch Herr Staatsminister Beuth mit dem agah-Vorsitzenden, Telefonat
21.11.2019	Gespräch Herr Staatsminister Beuth mit Vertretern der agah und Verbänden sowie Landtagsabgeordneten der CDU und B90/Die Grünen, Hessischer Landtag